



## Pressemitteilung

30. Juli 2025

### Finanzreport 2025 bestätigt: Kommunen in Schleswig-Holstein droht Haushaltskrise

„Der Kommunale Finanzreport 2025 der Bertelsmann Stiftung bestätigt die von den Kommunalen Landesverbänden skizzierte dramatische Entwicklung der kommunalen Finanzen in Schleswig-Holstein. Bei einem Milliardendefizit innerhalb eines Haushaltsjahres, einem nur schwachen Zuwachs bei den Steuereinnahmen und bei gleichzeitig hohen Steigerungsraten der Sozialausgaben und anderer Kosten steuern die Kommunalhaushalte in eine tiefe Krise“, sagten die Geschäftsführer der Kommunalen Landesverbände **Sönke Schulz, Jörg Bülow und Marc Ziertmann**. „Wir erwarten eine Vielzahl defizitärer Haushalte, einen weiteren Anstieg der Kassenkredite, also der Dispo-Kredite der Kommunen, sowie eine Zunahme der Gesamtverschuldung.“

Auch wenn die Schleswig-Holsteinischen Kommunen sich bei den Investitionen in der Vergangenheit angestrengt haben, reichten die Investitionstätigkeiten nicht aus, um dem jüngst vom KfW-Panel beschriebenen Anstieg des kommunalen Investitionsstaus von 216 Mrd. Euro bundesweit nachhaltig zu begegnen. Umso wichtiger sei die frühzeitige Einigung mit dem Land auf einen Anteil am Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes. „Das war ein wichtiges Zeichen, wird aber nicht zur nachhaltigen Stabilisierung der kommunalen Haushalte führen, sondern vor allem wichtige Impulse für das Anspringen der Wirtschaft setzen und helfen, die kommunale Investitionskraft befristet zu erhalten,“ konkretisiert **Sönke Schulz**, Geschäftsführer des Landkreistages.

Erforderlich sei ein grundlegendes Umdenken bei der Staatsfinanzierung, d. h. diejenige Ebene, die direkt die Einwohnerinnen und Einwohner mit den Leistungen der Daseinsvorsorge versorgt, müsse bei aller Eigenanstrengung einen verlässlichen Anspruch auf aufgabenangemessene Finanzausstattung haben, der nicht von der Leistungsfähigkeit des Landes abhängt. „Der kommunale Anteil an den Gemeinschaftssteuern des Bundes muss erhöht werden, das Konnexitätsprinzip aus der Landesverfassung strikt eingehalten und die Ausgabensteigerungen mit den Einnahmeerwartungen des Staates in Einklang gebracht werden. Wir setzen auf die Umsetzung der Veranlassungskonnexität, d. h. ein Ausgleich der Mehrbelastung erfolgt, wenn Leistungen ausgeweitet werden, neue kostentreibende Vorschriften die Kassen der Kommunen belasten, Gesetzesänderungen zu Steuermindereinnahmen führen oder auch Vorgaben der EU mit Kostenfolgen umgesetzt werden müssen.“ so **Jörg Bülow**, Geschäftsführer des Gemeindetages weiter. Zudem sei der Blick nicht nur auf die Einnahmeseite zu richten, sondern auch die Frage zu stellen, wie es gelingen kann, den Anstieg der Sozialausgaben von über 10 Prozent pro Jahr zu dämpfen.

„Zugleich unterstützen wir die Prozesse der Staatsmodernisierung mit dem Ziel, die Verwaltung umfassend zu digitalisieren, Bürokratie abzubauen, Standards und Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Mehr Freiheit und Verantwortung für die kommunale Selbstverwaltung muss dabei die Richtschnur des Handelns sein, bekräftigt abschließend **Marc Ziertmann**, Geschäftsführer des Städteverbandes.